

# Mobilmachung zum NATO-Gipfel

In einem Interview mit den Badischen Neuesten Nachrichten bekräftigte Baden-Württembergs Innenminister Heribert Rech (CDU) am Donnerstag die Absicht, während des NATO-Gipfels am 3./4. April in Strasbourg und Baden-Baden der Protestbewegung gegen den Gipfel nur kleine Camps mit maximal 1000 bis 1500 Plätzen zu genehmigen. So solle die Polizei nicht den Überblick verlieren. Die Gipfelgegner, die mit rund 20000 Demonstranten rechnen, wollen zwei große Camps in Strasbourg und Kehl einrichten und dort keine Polizei dulden. »Wenn sich diese Positionen weiterhin fundamental gegenüberstehen sollten, bliebe dem Regierungspräsidium Karlsruhe gar nichts anderes übrig, als die Camps nicht zu genehmigen«, erklärte Rech. Nach seinen Angaben können bis zu 500 Festgenommene in den Vollzugsanstalten Rastatt und Kehl sowie bei den Polizeidienststellen in Karlsruhe, Emmendingen und Freiburg untergebracht werden. Außerdem werde geprüft, ob es »mobile Haftzellen« in Containern in Baden-Baden geben könne. Zu diesen Äußerungen veröffentlichte die Initiative »Résistance des deux rives/Widerstand der zwei Ufer« eine Pressemitteilung:

Herrn Rechts sture Forderung nach kleineren Camps mit einer Größe von maximal 1500 Personen stößt bei der Protestbewegung auf Unverständnis. Während sich in Gesprächen mit dem Regierungspräsidium Karlsruhe und der Stadt Kehl einsichtige Positionen offenbarten, bleibt Rech bei seiner von den Camporganisatoren nicht umsetzbaren Forderung nach mehreren kleinen Camps. Dabei ist davon auszugehen, daß hier nicht sicherheitspolitische Bedenken den Ausschlag geben, sondern daß es um ein Spiel auf Zeit geht, damit kurz vor knapp bei den endgültigen Verhandlungen eine gestärkte Verhandlungsbasis der Sicherheitsbehörden gegeben ist und deren Interessen verstärkt einfließen können. (...)

Rechts kategorische Vorgabe »kleine oder keine Camps« kommt bei den Camporganistoren wie die trotzige Reaktion eines mit seinen Aufgaben überforderten Politikers an. »Wo bei keinem Camp der von Rech erhoffte bessere Überblick sein soll, versteh ich nicht«, sagt Franka Berger. Ingo Rundzelt von Résistance des deux rives formulierte es noch direkter: »Der Eskalationskurs, den Herr Rech gegen die Protestbewegung fährt, hat nichts mit einem verantwortungsvollen politischen Handeln zu tun, es würde mich nicht wundern, wenn es nach dem Gipfel zu personellen Veränderungen kommen würde«. »Auch seine Äußerungen zu den geplanten Knastquartieren deuten an, worauf er hinaus will: willkürliche Massenverhaftungen ganz in Heiligendamm-Manier«, fügt Berger an.

Hinzu kommt die vor kurzem veröffentlichte Information der Stadt Strasbourg, daß an beiden Gipfeltagen die Grenzübergänge zu sein werden. »Genau dieses von vergangenen Aktionen und Demos bekannte Szenario hat uns ja erst dazu veranlaßt, auf beiden Seiten des Rheins jeweils ein Camp einzurichten. Wir fordern offene Grenzen während der Protesttage«. Auch widersprechen geschlossene Grenzübergänge der von der Strasbourger Prefecture vorgeschlagenen Demoroute für den 4. April: »Die Großdemo soll nach deren Wünschen über die Grenze nach Kehl hinein abgeschoben werden«, wundert sich Patric Lecomte vom lokalen Bündnis.